Windkraftgegner machen mobil

Bürgerinitiativen im Kreis Paderborn schließen sich zu einem Bündnis zusammen

Kreis Paderborn (WV). Der Widerstand von Bürgern gegen den Ausbau von Windparks wächst. Immer mehr Bürgerinitiativen melden sich zu Wort – nicht nur im Kreis Paderborn, sondern auch aus den umliegenden Kommunen und Regionen. Jetzt hat sich das »Regionalbündnis Windvernunft« (RBW) gegründet.

Am Sonntag trafen sich Sprecher und Aktive der Windinitiativen aus Dahl, Alfen, Lichtenau, Tudorf, Neuenbeken, Benhausen und Bad Lippspringe zur Gründung des »Regionalbündnis Windvernunft« in Neuenbeken (von links): Michael Wilmes, Christiane Brinkmann, Michael Wessel, Heinrich Brinkmann, Hubert Halsband, Hans-Hermann Juergens, Jürgen Baur, Josef Gehlert, Franz Lunatschek, Jörg Vogt, Ulrich Bentler, Rainer Wille und Michael Biermann. Die Bürgerinitiative »Lärmstopp Eggevorland«, erst jüngst von Bürgern aus Bad Lippspringe, Neuenbeken und Benhausen ins Leben gerufen, rückt zurzeit die laufenden Planungen von neuen Windparks zwischen den genannten Orten (Plakat mit Fotomontage) in den Fokus der Öffentlichkeit und will sich notfalls auf »höherer Ebene« wehren. Foto: WV

Dem Bündnis haben sich zunächst die regionalen Bürgerinitiativen aus Dahl (Dahler Wind-Initiative), Lichtenau (Orts nahe Windräder), Bad Lippspringe, Neuenbeken und Benhausen (Lärmstopp Eggevorland), Alfen (Gegenwind Alfen) und Tudorf (Windkraft Tudorf) angeschlossen. Das »Regionalbündnis Windvernunft« will die Kompetenzen und Kräfte der verschiedenen Bürgerinitiativen bündeln, um sich geschlossen und entschlossen in die kommunalen und regionalen Planungen zum weiteren Ausbau der Windenergienutzung einzumischen – und zwar im Interesse der Bürger, teilt Heinrich Brinkmann als Sprecher des Bündnisses mit.

Das RBW greift die leitende Idee der Energiewende auf, die Lebensqualität der Bevölkerung durch eine vernünftige und rücksichtsvolle Nutzung der Windenergie zu erhalten und zu verbessern sowie die gewachsenen Natur- und Kulturlandschaften zu schützen.

Die Sprecher der verschiedenen Bürgerinitiativen konnten sich im Zuge der RBW-Gründungssitzung schnell auf gemeinsame Ziele einigen. Das Bündnis setzt sich demnach nachdrücklich und beharrlich für eine durchdachte und weitsichtige, eine menschen- und sozialverträgliche, eine kultur- und naturschützende Windenergienutzung ein. Es besteht auf eine konsequente Einbindung der Bürger in die kommunalen Planungsvorhaben und Entscheidungsprozesse. Es fordert sorgfältige Standortanalysen und Standortprüfungen beim Ausweis von Windvorrangzonen. Es mahnt bei den Kreisverwaltungen an, sich verstärkt für eine Koordination kommunaler Planungen einzusetzen, um eine leichtfertige Verlagerung von Windindustriegebieten in Vororte und an die Außengrenzen der Gemeinden (zu Lasten der Nachbarkommunen) vorzubeugen. Das RBW kündigt an, Ungereimtheiten, Widersprüche und Fehlentwicklungen der Windindustrialisierung auch auf höherer politischer Ebene anzuzeigen und zu monieren.